Sängerknaben-Konzertsaal: Proteste sollen weitergehen



Online gestellt: 08.07.2009 14:19 Uhr Aktualisiert: 08.07.2009 14:31 Uhr

Es gibt <u>0 Beiträge</u>

APA

Auch nachdem die Polizei Mittwochfrüh die Besetzung des Augartenspitzes durch Gegner des Sängerknaben-Konzertsaals gewaltsam beendet hat, wollen die Aktivisten ihre Proteste fortsetzen.

Kritik am Bund nach der Räumung des Wiener Augartenspitzes am Mittwoch: Bezirksvorsteher Gerhard Kubik (S) bezeichnete die Ereignisse als "äußerst bedauerlich". Auch die Aktivisten selbst zeigten sich erbost. Sie wollen ihre Proteste fortsetzen, wie sie in einer Pressekonferenz am Vormittag betonten.

Der SP-Bezirksvorsteher zeigte sich überzeugt, dass, wenn der Bund als Eigentümer des Areals sich an die vereinbarte Vorgangsweise gehalten hätte, es nicht so weit gekommen wäre. Geplant sei ursprünglich gewesen, einen Leitbildprozess durchzuführen und erst danach zu entscheiden, was im Augarten passieren soll. "Dieser Plan ist im Jahr 2007 leider vom damaligen Wirtschaftsministerium torpediert worden", so Kubik in einer Aussendung.

Das Ministerium habe damals "im Alleingang" entschieden, dass der Sängerknaben-Konzertsaal gebaut werden soll. Die heutige Räumung der Besetzung sei auf Verlangen der zuständigen Burghauptmannschaft durchgeführt worden. Kubik: "Solche Vorgangsweisen sind in Wien nicht üblich, bei uns in der Stadt setzen wir auf Gespräche, wenn es ein Problem gibt und nicht auf den Konfrontationskurs, wie ihn der Bund und die Burghauptmannschaft als Vertreterin des Bundes hier fahren."

Aktivisten fühlen sich bestärkt

Die Aktivisten - versammelt im sogenannten "Josefinische Erlustigungskomitee" - fühlen sich nach der Räumung bestärkt. Der Ort werde nun noch mehr Aufmerksamkeit erhalten, so Sprecherin Raja Schwahn-Reichmann. Für heute, Mittwoch, 15.00 Uhr kündigte sie eine Demonstration gegen die "kalte Enteignung des öffentlichen Raums" an. Rückendeckung erhielten die Konzertsaal-Gegner von den Grünen. Deren Kultursprecher Wolfgang Zinggl kritisierte, dass die Besetzung mit "unverhältnismäßiger Härte" beendet worden sei.

Er kündigte beim Pressegespräch am Augartenspitz an, in Sachen Konzertsaal Kontakt mit Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner (V) aufnehmen zu wollen. Die Planungssprecherin der Grünen im Rathaus, Sabine Gretner, versicherte, dass noch Genehmigungen für den Bau fehlen. Verteidigt wurde das Vorgehen der Behörde hingegen vom nicht amtsführenden VP-Stadtrat Norbert Walter. Der Rechtsstaat, so betonte er in einer Aussendung, müsse auch im Augarten gelten. Er betonte, dass die Polizei zunächst mit den Aktivisten verhandelt habe. Erst als die Verhandlungen gescheitert seien, seien die Besetzer entfernt worden.

Nachbar: Filmarchiv nennt Vorgangsweise "absolut inakzeptabel"

Kritik an den Sängerknaben kam vom unmittelbaren "Nachbarn", dem Filmarchiv. Dessen Leiter Ernst Kieninger berichtete, dass er gebeten habe, die Bauarbeiten während der Zeit des vom Filmarchiv veranstalteten Sommerkinos auszusetzen. Dies sei abgelehnt worden. Nach der Räumung stelle sich nun auch die Frage, wie der Zugang zum Kino ermöglicht werde, so Kieninger beim heutigen Pressetermin. Tatsächlich war der übliche Zugang -das Tor am Augartenspitz -am Vormittag geschlossen und von der Polizei bewacht.

Das Filmarchiv kritisierte die Vorgangsweise im Zusammenhang mit der Errichtung des Sängerknaben-Konzertsaals als "absolut inakzeptabel – umso mehr, als es betreffend Beginn der Bauarbeiten weder seitens der Wiener Sängerknaben als auch der Pühringer-Privatstiftung als Errichter rechtzeitige Informationen gegeben hat". Eine Beeinträchtigung für das Freiluftkino gäbe es derzeit nicht, meinte Filmarchiv-Pressesprecherin Karin Moser auf Anfrage von Vienna Online.

Burghauptmann zeigt kein Verständnis für Aktivisten

Kein Verständnis für die Aktivisten gegen den Bau des Sängerknaben-Konzertsaales im Wiener Augarten hat der Vertreter des Liegenschaftseigentümers Bund, Burghauptmann Wolfgang Beer. "Erst dann zu protestierten, wenn das fertige Projekt da ist, ist ein bisschen zu spät", unterstrich er im APA-Gespräch. So hätten die Aktivisten beispielsweise versäumt, den Flächenwidmungsplan zu beeinspruchen. Dabei habe es seit Jahren Verhandlungen gegeben und einen abgeschlossenen Leitbildprozess.

Die Angriffe der Grünen gegen Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner (V) seien ebenfalls unverständlich, zumal dieser zum Zeitpunkt der entscheidenden Weichenstellungen überhaupt noch nicht im Amt gewesen sei. Und natürlich spreche sich die Burghauptmannschaft mit dem Ministerium ab, es habe jedoch nie einen Einfluss des Wirtschaftsministeriums auf den Leitbildprozess gegeben.

Er als Liegenschaftseigentümer habe heute jedenfalls die Räumung des Areals verlangen müssen, als der Verein Wiener Sängerknaben auf ihn mit dieser Bitte zugekommen sei. Nur so habe man die notwendigen Probebohrungen, die in den kommenden Tagen erfolgen sollen, sichern können.



Was meinen Sie?

Ihre Meinung

Kommentare filtern | Es gibt <u>0 Beiträge</u> zu diesem Thema

Ihr Beitrag ist der erste an dieser Stelle.